

iv POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
JUNI 2025



TAKTGEBER, SPITZENREITER, CHAMPIONS



Europas wirtschaftliche Speerspitze –
und was Österreich davon lernen kann



INTERVIEW

Schwedische EU-Ministerin über
Standortstärken

Seite 2



NIEDERÖSTERREICH

Nachhaltigkeit als Wettbewerbsfaktor

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

INDUSTRIEPOLITIK

Neue IV-Taskforce „Security &
Defence Industry“

Seite 4

„Innovationen sollen in Europa entstehen, statt nur importiert zu werden“

Jessica Rosencrantz ist Schwedens Ministerin für EU-Angelegenheiten und erklärt im Interview, warum ihr Land als Standort für Unternehmen attraktiv ist, welche Stärken Österreich und Schweden in engerer Zusammenarbeit ausspielen könnten und was es auf EU-Ebene braucht, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Schweden gehört seit vielen Jahren zu den zehn besten Ländern in der Rangliste der Wettbewerbsfähigkeit und konnte sich im vergangenen Jahr sogar noch weiter verbessern. Was ist Ihrer Meinung nach der Grund für diesen Erfolg?

Jessica Rosencrantz: Schweden hat sich als attraktiver Standort für Unternehmen etabliert. Heute haben vier der zehn am schnellsten wachsenden Unternehmen Europas ihren Sitz in Stockholm. Schweden ist die Heimat von mehr als 40 Unicorns – darunter Spotify und Klarna – und weist damit die höchste Anzahl von Unicorns pro Kopf in Europa auf. In Schweden befindet sich außerdem das weltweit größte Unternehmen für grünen Stahl, das bereits Vorbestellungen in Höhe von sieben Milliarden Euro verzeichnen konnte.

Für diesen Erfolg gibt es viele Gründe. Die Schaffung optimaler Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen, Skalierung und Innovation hat für die schwedische Regierung höchste Priorität – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Ein zentraler Faktor ist der schwedische Kapitalmarkt: Ohne Kapital keine Investitionen. Nahezu 90 Prozent des schwedischen Finanzvermögens sind in verschiedenen Finanzinstrumenten und -produkten angelegt, wie etwa in Aktien und Fonds für den Vermögensaufbau.

Schweden und Österreich verbindet eine starke und ausgewogene Wirtschaftsbeziehung. In welchen Bereichen könnten wir unsere Partnerschaft weiter vertiefen?

Es gibt eine Reihe von Sektoren, in denen sowohl Österreich als auch Schweden wirklich führend sind, allerdings mit leicht unterschiedlichen Schwerpunkten.



Jessica Rosencrantz und IV-Präsident Georg Knill im Haus der Industrie.

Genau hier sehe ich großes Potenzial, Kräfte zu bündeln und gezielt nach Synergien zu suchen. Ein gutes Beispiel ist die fortschrittliche Fertigung: Während Österreich ein bedeutender Lieferant von Maschinen ist, benötigen schwedische multinationale Unternehmen diese, um Autos, Lastwagen und andere Konsumgüter für den Weltmarkt zu produzieren. Ein weiterer vielversprechender Bereich ist der Finanzsektor: Schweden verfügt über eine äußerst dynamische Fintech-Szene mit innovativen Startups; in Österreich wiederum gibt es mehrere prominente Banken mit starkem Marktanteil in Mittel- und Osteuropa. Durch Kooperationen mit schwedischen Fintechs könnten österreichische Banken ihr Dienstleistungsangebot sowohl im Inland als auch in anderen europäischen Märkten gezielt erweitern.

Kurz gesagt: Österreich und Schweden zählen beide zu den führenden Ländern, wenn es um innovative Lösungen und

wettbewerbsfähige Unternehmen geht. Gemeinsam könnten wir eine treibende Kraft sein, um Europas Position in der Welt weiter zu stärken.

Da Sie für die EU-Agenda zuständig sind, möchten wir Sie fragen, was die aktuellen europapolitischen Prioritäten der schwedischen Regierung sind ...

Die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist das Kernstück der EU-Politik-Agenda der schwedischen Regierung. Der Grund dafür ist klar: Nur mit einer starken und wachsenden Wirtschaft können wir die größten Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Dazu gehören unter anderem die fortgesetzte Unterstützung der Ukraine, der Ausbau der europäischen Verteidigungsindustrie sowie das konsequente Vorantreiben der Klimaschutzagenda.

Für die schwedische Regierung gibt es keine wichtigere Verpflichtung als die Unterstützung der Ukraine. Es geht um Freiheit, Frieden und Sicherheit – in der Ukraine, in Europa und in Schweden. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Ukraine heute in einer starken Position ist und sich weiterhin auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft befindet. Der aktuelle geopolitische Kontext hat auch dem EU-Erweiterungsprozess neuen Schwung verliehen; einem der strategisch wichtigsten Instrumente der EU zur Förderung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand auf unserem Kontinent. Europa ist stärker, wenn es geeint ist – und wenn die EU ihre Tür nicht öffnet, werden es andere Kräfte tun.

Die Frage der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist für die österreichische Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Daher möchten wir Sie abschließend fra-

gen: Welche Maßnahmen müssen Ihrer Meinung nach auf EU-Ebene ergriffen werden, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken?

Um die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, müssen wir an verschiedenen Fronten gleichzeitig ansetzen. Wir müssen etwa die europäischen Kapitalmärkte stärken, Bürokratie abbauen und EU-Gesetze sowie -Verordnungen vereinfachen. Derzeit investieren Unternehmen zu viel Zeit und Ressourcen in die Erfüllung aufwendiger Vorschriften und Berichtspflichten – Zeit und Mittel, die stattdessen in Innovation oder Expansion fließen könnten.

Angesichts der Zölle der US-Regierung setzt sich Schweden für eine konsequent handelsfreundliche Agenda ein: Die EU sollte mehr Handelsabkommen mit mehr Ländern abschließen. Das verringert Risiken und eröffnet europäischen Unternehmen neue Märkte – eine Win-win-Situation. Ein weiteres zentrales Anliegen besteht darin, das volle Potenzial des europäischen Binnenmarkts auszuschöpfen. Laut dem Internationalen Währungsfonds entsprechen die derzeitigen Handelshemmnisse einem Zollniveau von bis zu 110 Prozent.

Schließlich müssen mehr EU-Mitgliedstaaten stärker in Forschung und Entwicklung investieren. Wir brauchen mehr qualifizierte Fachkräfte; und wir müssen Europa zu einem Kontinent machen, auf dem Innovationen entstehen – statt dass diese nur importiert werden.



ZUR PERSON

Valerie Gruber, Expertin für Europapolitik und Digitalisierung.

Expertinnenmeinung von VALERIE GRUBER

Digitale Souveränität – nur ein teures Vergnügen?

Europa ist aktuell fast vollständig von Technologieanbietern aus anderen Staaten abhängig. Laut Experten ist Europas digitale Souveränität zwar noch erreichbar, wird aber teuer.

Europa importiert mehr als 80 Prozent der digitalen Technologien und Infrastrukturen aus Drittstaaten – das Thema Unabhängigkeit sollte also auch im Bereich der Digitalisierung unbedingt mitgedacht werden.

Aber was versteht man unter digitaler Souveränität? Das Konzept geht über technologische Unabhängigkeit hinaus: Nicht Autarkie ist anzustreben, sondern die Fähigkeit, Technologien von Dritten auf vorhersehbare und kontrollierbare Weise zu nutzen. Digitale Souveränität sollte es

ermöglichen, in der digitalen Welt selbstbestimmt zu handeln und sich dem Willen anderer Akteure widersetzen zu können.

Laut Experten ist Europas digitale Souveränität zwar noch erreichbar, wird aber teuer: Es wurde errechnet, dass Europa mindestens 300 Milliarden Euro investieren muss und mindestens zehn Jahre Zeit braucht, um ein eigenes technologisches Ökosystem aufzubauen. Unentbehrlich sind dabei Investitionen in künstliche Intelligenz, Quanteninformatik und Cloud-Infrastrukturen.

Allgemein sollte man, wie bei der Debatte um die strategische Autonomie in der Verteidigung, auf „derisking“ statt auf „decoupling“ setzen: Ganz von den USA und anderen Drittstaaten unabhängig zu werden wird vor allem in der nahen Zukunft kaum möglich sein. Aber natürlich sollten wir uns in Europa dafür einsetzen, dass europäische Exzellenz gefördert wird und valide Alternativen etwa zu US-Anbietern eine echte Chance bekommen.

Daher liegt es nun an den politischen Entscheidungsträgern, den Dialog mit der

Industrie zu intensivieren und gemeinsame Strategien für eine resiliente und unabhängige digitale Zukunft zu entwickeln. Nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Forschung können wir die digitale Transformation Europas erfolgreich gestalten.

Da geht noch was ...

Egal ob bei den Energiepreisen oder den Pensionen – die Regierung kann bei Reformen ruhig beherzter zugreifen. Das Mondfenster von zwei Jahren, in denen keine Wahlen zu schlagen sind, sollte klug genutzt werden.



In den ersten 100 Tagen hat die Bundesregierung durchaus einiges bewegt. Es ist über alle ideologischen Gräben hinweg und ohne öffentlichen Zank gelungen, ein Doppelbudget für 2025 und 2026 aufzustellen. Es gibt ein gewisses Sparpaket – wenn auch ein stark einnahmenlastiges mit investitionsbremsenden Abgaben für einzelne Branchen –, erste Schritte einer Pensionsreform, einige Entlastungen für die Wirtschaft. Da sind gute Dinge dabei – eine Teilpension zum Beispiel, die das Weiterarbeiten in der Pension niederschwelliger macht; oder die Wiedereinführung der Strompreiskompensation, die in den kommenden zwei Jahren energieintensive Unternehmen begrenzte Entlastung bringt. Das Lob muss in diesem Fall jedoch mit einem Aber versehen werden: Die Regierung hat ein Mondfenster von zwei

Jahren ohne Wahlen – das ist eine Chance für größere und große Strukturreformen, und dass es die braucht, darüber herrscht in breiten Kreisen Einigkeit. Es ist eine Chance, die vielleicht nicht so bald wiederkehrt, und sie sollte nun, nach dem Warmlaufen mit kleineren Reformen, dringend genutzt werden.

Große Reformen brauchen Zeit, um ihre Wirksamkeit zu entfalten. Wie sehr sich diese auszahlen, zeigt ein Blick auf andere EU-Länder, ein Blick auf die Spitzenreiter in Sachen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit (siehe Coverstory, Seite 6–7): Dabei sticht Dänemark als durchaus mit Österreich vergleichbare Volkswirtschaft hervor – der Staat hat vor vielen Jahren begonnen, kluge Strukturreformen umzusetzen. Während in Österreich der Aufschrei groß ist, wenn es um die Frage geht, später in Pension zu

gehen, weil die Zahl unserer gesunden Lebensjahre (zum Glück!) deutlich gestiegen ist, liegt das gesetzliche Pensionsantrittsalter in Dänemark bereits bei 67 Jahren und steigt bis 2040 auf 70 Jahre. Die zugrunde liegende Reform dazu wurde bereits 2006 auf den Weg gebracht. Ein Jahr danach kam eine große Verwaltungsreform; seither gibt es nur noch 98 Gemeinden statt zuvor 271 und die 13 Landkreise wurden durch fünf Regionen ersetzt, die kein selbstständiges Besteuerungsrecht mehr haben.

Und auch bei den hohen Energiekosten, die energieintensive Industrieunternehmen massiv unter Druck bringen, kann man weitere Maßnahmen setzen. Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass die Strompreiskompensation in vielen anderen Ländern bis 2030 gewährt wurde – das schafft

Planungssicherheit, an der wir nach 2027 weiter arbeiten müssen.

Es geht nicht darum, die Lösungsansätze anderer Länder unreflektiert zu kopieren – aber von dem Mut, auch die großen Brocken anzugreifen und das rechtzeitig zu tun, kann man sich ein großes Stück abschneiden. Österreich muss also nicht Dänemark werden, aber etwas mehr Dänemark würde Österreich nicht schaden.

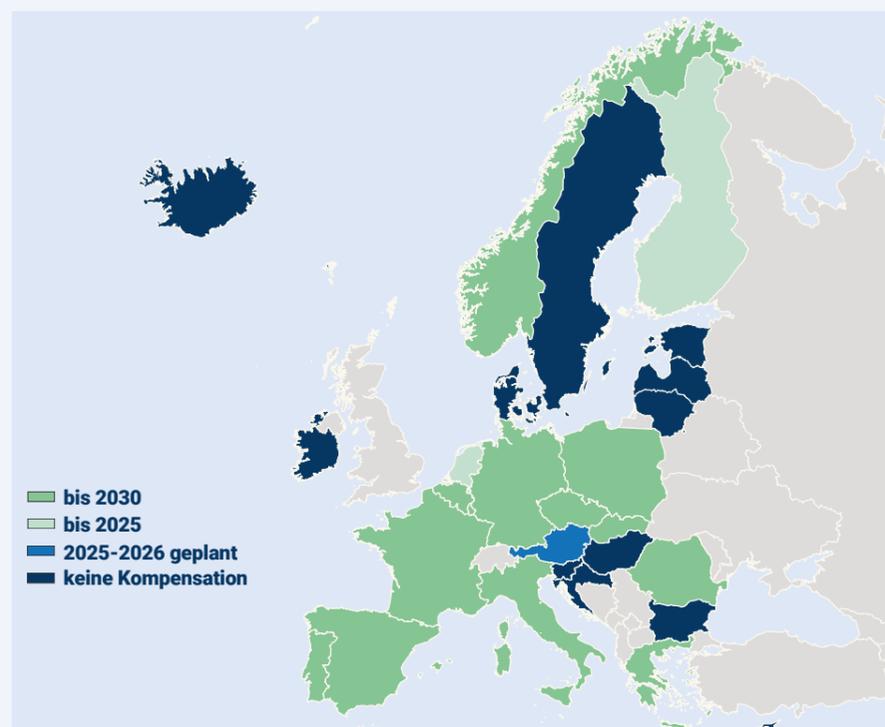
Ihr

 Christoph Neumayer
 (IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Strompreiskompensation in Europa

Staaten mit und ohne genehmigte Strompreiskompensation sowie deren vorgesehene Dauer (Stand: 10.6.2025)



Quellen: Europäische Kommission, EFTA Surveillance Authority
 Anmerkung: Es wurden nur Staaten betrachtet, die am EU-ETS teilnehmen.

Mit der Wiedereinführung der Strompreiskompensation für 2025 und 2026 schließt sich Österreich vorerst der Mehrheit der direkten Konkurrenzländer im EU-ETS an. Derzeit gewähren 15 europäische Länder eine solche Kompensation, davon 13 bis zur maximalen Laufzeit Ende 2030. Bereits 2022 erhielten energieintensive Unternehmen in Österreich befristet einen Ausgleich für indirekte CO₂-Kosten, die entstehen, wenn Energieversorger die Kosten für CO₂-Zertifikate auf die Strompreise umlegen.

Zahl des Monats

68,5 %

der 60- bis 64-jährigen Dänen sind noch erwerbstätig – im Vergleich dazu arbeiten nur mehr 35,7% der Österreicher in derselben Altersgruppe. Auch unter den 65- bis 69-Jährigen ist in Dänemark fast jeder Dritte (31,0%) erwerbstätig, während Österreich mit 11,0% deutlich zurückliegt. Das aktuelle gesetzliche Pensionsantrittsalter in Dänemark beträgt 67 Jahre und wird bis 2040 auf 70 Jahre erhöht. In Österreich liegt es derzeit bei 65 Jahren für Männer und 60 bis 65 Jahren für Frauen. Eine Anpassung an die steigende Lebenserwartung ist auf absehbare Zeit nicht geplant.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
 Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: IV, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, Markus Prantl, Helge Bauer, JI-Kärnten, NEUE, Knauf Insulation, IV Tirol / Oss, IV-Steiermark / Marija Kanizaj, TU-Graz, IV-NÖ / Rene Brunhölzl, IV-NÖ, Marius Hoefinger, Europa-Forum Wachau, Josef Bollwein, IV-Salzburg / Schwaighofer, Schweigert, Scheinast, IV-Burgenland, IV OÖ / Pelzl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Neue IV-Taskforce widmet sich der „Security & Defence Industry“

Die Industrie nimmt bei Sicherheit und Verteidigung eine wesentliche Rolle ein. Die Industriellenvereinigung setzt sich für eine stärkere Einbindung der Industrie in die Transformation der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik ein.

Die Industriellenvereinigung hat daher eine Taskforce ins Leben gerufen, um neuen Entwicklungen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung gerecht zu werden. Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik werden derzeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene neu ausgerichtet – etwa durch die österreichische Initiative „Mission Vorwärts“, das deutsche 500-Milliarden-Euro-Paket oder die europäische „Readiness 2030“-Initiative im Umfang von 800 Milliarden Euro.

Damit rücken sicherheits- und verteidigungsrelevante Themen auch verstärkt in den Fokus industrieller Mitgestaltung und Verantwortung. Die neue IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ setzt sich für eine stärkere Einbindung der Industrie in diesen Transformationsprozess ein.

Ziel ist es, Strategien, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie

konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, die zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Industrie in Österreich beitragen. Zugleich sollen die Potenziale des Industriestandorts Österreich durch gezielte zivil-militärische Synergien entlang der gesamten Wertschöpfungskette besser genutzt werden.

Kooperation, Beschaffung, Innovation

Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere der Ausbau industrieller Kooperationen, die strategische Nutzung von Offset Agreements sowie Fragen der Beschaffung in Sicherheits- und Wehrsystemen, der Verteidigungs- und Rüstungsbranche sowie spezialisierten Zulieferindustrien. Darüber hinaus setzt sich die Taskforce für die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung insbesondere im Bereich Dual Use (also Entwicklungen, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können) sowie für Verteidigungs- und Rüstungsinnovationen ein.



Das Team der neuen Taskforce (v.l.): Monika Schuh, Wolfgang Hesoun, Erwin Hameseder, Peter Koren und Rechtsanwalt Georg Brandstetter.

Als Ergebnis wird die Taskforce ein politisches Aktionspapier vorlegen, das als Impuls für eine zukunftsgerichtete Sicherheits- und Industriepolitik auf nationaler und europäischer Ebene dienen soll. Den Vorsitz der Taskforce übernehmen Erwin Hameseder, Generalanwalt

des Österreichischen Raiffeisenverbands, und Wolfgang Hesoun, Vorsitzender des IV-Infrastrukturausschusses und der AI-CAT. Die Projektleitung liegt bei IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren. Koordiniert wird die Taskforce von Christoph M. Schneider und Monika Schuh, IV.

Intelligente Daten für mehr Produktivität und Wertschöpfung

Beim ersten Treffen der KI-Taskforce der Industriellenvereinigung ging es um praxisnahe Beispiele zur Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit durch künstliche Intelligenz.

Ende Mai fand unter dem Vorsitz von Christoph Knogler, CEO der KEBA Group, und Thomas Arnoldner, Deputy CEO der AI Group, das erste Treffen der IV-Taskforce KI statt. Ziel der Taskforce ist es, gemeinsam mit ihren Mitgliedern als KI Ambassadors, Eintrittsbarrieren für Unternehmen zu reduzieren, zur Erhöhung des digitalen Reifegrads der Industrie beizutragen und das österreichische KI-Ökosystem zu stärken. Vor rund 90 Mitgliedern wurde anhand praxisnaher Use Cases aufgezeigt, welche Hebel der Einsatz von KI- und Datentechnologien für eine höhere Produktivität und gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie bietet.

Die Andritz AG präsentierte den Weg zur autonomen Fabrik, der durch



unternehmensübergreifende Kooperationen, digitale Plattformen und intelligente Instrumente, um Daten verfügbar und nutzbar zu machen, unterstützt wird. Die Novartis Pharmaceutical Manufacturing GmbH zeigte auf, wie moderne Technologien, eine fundierte Datenbasis und digitales Upskilling in der streng regulierten Pharmaindustrie Effizienz und Nachhaltigkeit fördern, etwa durch Chatbots und Plattformlösungen zur

Optimierung von Wissenstransfer, Produktionskontrolle und Lieferketten.

Ebenso wurden der Aufbau der AI Factory Austria und deren Potenziale für die KI-Entwicklung thematisiert. Entscheidend für deren Erfolg ist die aktive Einbindung von Unternehmen durch attraktive Angebote und eine klare Anwendungs- und Serviceorientierung. Dadurch kann ein wichtiger Impuls gesetzt

werden, denn österreichische Unternehmen sind beim Einsatz von Datentechnologien zwar fortgeschritten, der Fokus liegt jedoch noch oftmals auf Anwendungen wie Prozessabbildung und -prognose, weniger auf der Nutzung von Daten als Basis für die Entwicklung von KI-Lösungen.

Auch beim Advisory-Board-Meeting des Gaia-X Hub Austria Mitte Juni – erstmals in den Räumlichkeiten der IV – standen Datenlösungen und Data Spaces im Fokus. Diskutiert wurde unter anderem die Bedeutung sicherer und souveräner Dateninfrastrukturen für die europäische Aluminiumindustrie sowie das Forschungsprojekt Smart Fox, das die Effizienz der klinischen Forschung durch eine Zweitnutzung von Gesundheitsdaten steigern soll.

Life-Science-Unternehmen sind wichtige Standortbooster

Die Industriellenvereinigung hat gemeinsam mit den Industrieverbänden aus Dänemark (DI), Deutschland (BDI), Italien (Confindustria) und Frankreich (Medef) am 21. Mai im Europäischen Parlament die Veranstaltung „Strengthening EU, Innovation and Competitiveness through Life Sciences“ organisiert. Gehostet wurde diese von den Abgeordneten zum Europäischen

Parlament Letizia Moratti und Stine Borse, die beide eine wesentliche Rolle in den Verhandlungen zur „Pharma Legislation“ – eine umfassende Revision des EU-Arzneimittelrechts – einnehmen. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion mit Vertretern von Unternehmen, des EU-Parlaments und der EU-Kommission zu wesentlichen Schwerpunkten zur Stärkung der Life Sciences. Die Unter-

nehmensseite wurde durch Hugh Pullen von Novartis sowie Vertreter von Pfizer, France Biotech und Miltenyi Biotec repräsentiert. Wichtige Industrieinteressen, etwa wettbewerbsfähige Schutzrechte, eine deutliche Stärkung der öffentlichen F&E-Investitionen, attraktive Rahmenbedingungen für klinische Studien und die Stärkung der Produktion in Europa, konnten erfolgreich positioniert werden.



Tag der Weiterbildung: KI als Hebel für Fachkräftesicherung

Der Tag der Weiterbildung stand heuer ganz im Zeichen von künstlicher Intelligenz – eine neue Studie der Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung zeigt, dass das Thema in diesem Sektor angekommen ist.

Am 3. Juni fand der diesjährige Tag der Weiterbildung statt – organisiert von der Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung, die als zentrale Akteurin des österreichischen Weiterbildungssystems Impulse setzt und die Vernetzung zwischen Praxis und Politik fördert.

Die Industriellenvereinigung war durch Gudrun Feucht, Bereichsleiterin Bildung & Gesellschaft, mit einer Keynote vertreten. Sie stellte klar: Weiterbildung ist kein Nebenschauplatz – sie ist ein strategisches Instrument zur Fachkräftesicherung, gerade in der Industrie. Künstliche Intelligenz kann dabei nicht nur als Thema, sondern auch als Werkzeug eine zentrale Rolle spielen: etwa durch individualisierte Lernpfade, digitale Rückmeldesysteme oder adaptive Schulungsmodelle.

Ein konkretes Beispiel dafür sind Micro-credentials – kompakte, zertifizierte Lernbausteine, die sich durch ihren modularen Aufbau, ihre hohe Praxisnähe und die Möglichkeit zur Integration in den Arbeitsalltag besonders gut für industrielle Fachkräfte eignen. Sie machen es möglich, Weiterbildungsprozesse kleinteilig zu strukturieren, gezielt an

betriebliche Bedarfe anzupassen und mit digitalen Nachweissystemen wie Badges auch überbetrieblich sichtbar zu machen.

Weiterbildung stärken, Umsetzung ermöglichen

Untermauert wird dies von der präsentierten „Weiterbildungsstudie 2025“ der Plattform für berufsbezogene Erwachsenenbildung, die aktuelle Einschätzungen von Unternehmen zum Weiterbildungsbedarf liefert: Die Hälfte der befragten Betriebe sieht Weiterbildung künftig als noch wichtiger als bereits bisher an; besonders hohe Relevanz wird den Themen künstliche Intelligenz, Future Technologies und IT-Kompetenzen zugeschrieben. Zudem zeigt sich ein positiver Trend in Richtung KI-Nutzung in der Weiterbildung: 37 Prozent der Unternehmen setzen sie bereits ein, ein Drittel plant den Einstieg. Auch die Budgetplanungen sind vielversprechend: 24 Prozent der Betriebe haben ihre Weiterbildungsbudgets für 2025 erhöht.

Diese Zahlen machen klar: Der Bedarf ist da – nun braucht es passende Rahmenbedingungen.

Regierungsprogramm 2025–2029: Rückenwind für zentrale Forderungen
Besonders erfreulich ist aus Sicht

der IV, dass viele der bildungspolitischen Anliegen, die im IV-Programm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ formuliert wurden, nun auch im aktuellen Regierungsprogramm aufgegriffen wurden. Dazu zählen die Entwicklung einer neuen Weiterbildungsstrategie im Rahmen der Fachkräftestrategie, die Novellierung des

Erwachsenenbildungsgesetzes sowie die Förderung digitaler und KI-gestützter Lernformate.

Die Weichen sind gestellt. Jetzt muss es an die Umsetzung gehen – mit Klarheit, Verbindlichkeit und einem echten politischen Fokus auf Weiterbildung als Zukunftsthema.



V.l.n.r.: Laszlo Kovacs, Daniel Noppinger, Christoph Wirl, Gudrun Feucht, Thomas Rochowansky, Monika Kovacs, Ulli Röhsner, Ruben Hettfleisch, Martin Röhsner, Christian Bayer.

Aktuelles in Kürze

Ausbildungsoffensive: Ein wichtiger Schritt für die Elementarpädagogik

Mit der im Juni 2025 beschlossenen Ausbildungsoffensive für die Elementarpädagogik greift die Bundesregierung zentrale Anliegen der Industriellenvereinigung auf. Die Investition von 32 Millionen Euro in die Ausbildung zukünftiger Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen ist ein wichtiger Schritt, um Qualität und Personalbasis im Kindergartenbereich zu sichern. Dass 4.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden und dabei auch berufsbegleitende Angebote sowie gezielte Fördermodelle für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger im Fokus stehen, ist aus Sicht der IV ausdrücklich zu begrüßen.

Besonders positiv ist, dass dabei mehrere Ministerien zusammenwirken, um

tragfähige Lösungen zu entwickeln – etwa mit einem gemeinsamen Fördermodell zur finanziellen Unterstützung von Umsteigerinnen und Umsteigern. Auch die angekündigten Maßnahmen zur Aufwertung des Berufsbilds für Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen – etwa durch eine verbesserte Berufsorientierung – sind ein wichtiges Signal.

Klar ist aber auch: Auf diese Initiative müssen weitere Reformschritte folgen. Die IV spricht sich weiterhin für bundesweit einheitliche Qualitätsstandards, einen klaren rechtlichen Rahmenplan und den flächendeckenden Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuung ab dem ersten Lebensjahr aus. Die im



Regierungsprogramm verankerte und geplante Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahrs ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Entscheidend wird sein, dass diese Maßnahmen langfristig wirken – und durch eine klare Umsetzung mit den Bundesländern getragen werden.

Wie das EAGLE-Projekt die Fachkräftemobilität verbessert

Ende Mai brachten die IV, die International Organisation for Migration (IOM) und die WKO Unternehmen, Politik und Verwaltung sowie Expertinnen und Experten zu Migrations- und Bildungsthemen im Rahmen einer Online-Veranstaltung zusammen, um Fragestellungen rund um die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Kompetenzen vor allem aus der Unternehmensperspektive zu diskutieren.

Der Fachkräftemangel bleibt schon aufgrund der Demografie akut und wird sich mit der Erholung der österreichischen Wirtschaft wieder zuspitzen. Fachkräftezuwanderung ist dabei aus Sicht der IV unbestritten ein Teil der Lösung. Daher treibt die IV das zukunftssträchtige Konzept der „Skills-Mobilitätspartnerschaften“ (SMP) gemeinsam mit Partnern wie der IOM oder der WKO weiter voran, um Unternehmenserfahrungen zu teilen und

bereits in Entwicklung befindliche Lösungsansätze aufzuzeigen. Die IV unterstützt als Bindeglied zu österreichischen Unternehmen.

Vorgestellt wurde u. a. das von IOM und Bundeskanzleramt getragene und EU-finanzierte EAGLE-Projekt, mit dem das SMP-Konzept erstmals pilothaft umgesetzt wird. EAGLE ist eine Partnerschaft zwischen Österreich und Ägypten mit

Fokus auf metallverarbeitende Berufe im Transportsektor. 135 ägyptische Fachkräfte durchlaufen ein neunmonatiges Curriculum, das fachliche Weiterbildung, Deutsch- und Wertekurse bietet. Von ihnen sollen rund 100 dem österreichischen Arbeitsmarkt, die weiteren der ägyptischen Wirtschaft zur Verfügung stehen. Das Matching mit Unternehmen und die Integration in Österreich sind inhärente Teile des Projekts.

Taktgeber, Spitzenreiter, Champions

Österreich ist im Ranking der Wettbewerbsfähigkeit abgerutscht – höchste Zeit, ein Schlaglicht auf die Spitzenplätze zu werfen: Was kann Österreich lernen und in welchen Bereichen aufschließen, um wieder zu den europäischen Champions zu gehören?

Österreich bleibt heuer Wachstums-Schlusslicht in Europa. Das Mini-Wachstum des ersten Quartals ist zwar ein erster Lichtblick, im Vergleich zum Vorjahresquartal ist die Wirtschaft aber um 0,7% geschrumpft. EU-Kommission und OECD prognostizierten Österreich im Frühjahr als einzigem Land in Europa ein Wachstumsminus für heuer – und auch, wenn heimische Ökonomen nun zunehmend von einem sehr kleinen Plus ausgehen, wird Österreich wohl Schlusslicht bleiben. Am anderen Ende der Skala der Wachstumsraten finden sich hingegen Länder wie Dänemark (+3,6% laut EU-Kommission), Schweden (+1,1% laut EU-Kommission) und die Schweiz (+1,1% laut OECD). Im Schnitt wird die Wirtschaft in der EU heuer um 1,1% wachsen.

„Wer auch in Zukunft verlässlich absichern will, braucht jetzt strukturelle Reformen statt Scheindebatten. Unser Ziel muss sein, das Pensionssystem langfristig tragfähig zu gestalten: durch eine Anhebung des gesetzlichen und des faktischen Antrittsalters, Anreizmodelle für längeres Arbeiten sowie eine Stärkung der kapitalgedeckten Vorsorge.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Das Lausanner Institut IMD bewertet einmal pro Jahr Länder in Hinblick auf ihre Wettbewerbsfähigkeit. Österreich tritt in diesem Ranking auf niedrigem Niveau auf der Stelle: Wie schon 2024 verweist das IMD Österreich auf Rang 26 von 69

Ländern – 2007 lag Österreich auch schon einmal auf Platz elf. Selbst Deutschland, das in den vergangenen Monaten und Jahren mit ähnlichen Herausforderungen kämpft, hat im Jahresvergleich fünf Plätze gut gemacht und landet heuer auf Platz 19. Die Schweiz hat Singapur von Platz eins verwiesen; Dänemark liegt seit Jahren in den Top Five – heuer ist es Platz vier. Was machen andere Länder richtig und in welchen Bereichen sollte sich Österreich von den Zugpferden der europäischen Wirtschaft etwas abschauen?

Pensionen

Derzeit gibt Österreich 13,3% seiner Wirtschaftsleistung für Pensionen aus, in Dänemark sind es nur rund 9,3%. Warum? Weil dort rechtzeitig auf ein Drei-Säulen-Modell mit steuerfinanzierter Grundrente und starker Kapitaldeckung umgestellt wurde und das gesetzliche Antrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt ist. 2035 wird dadurch das gesetzliche Pensionsantrittsalter bei 69 Jahren liegen. In Österreich dagegen beruhen die Pensionsausgaben weiterhin fast ausschließlich auf dem umlagefinanzierten System und am gesetzlichen Pensionsantrittsalter wird trotz mahnender Ökonomen-Stimmen nicht geschraubt. In Dänemark stecken zudem über 200% des BIP in kapitalgedeckten Pensionsplänen; Österreich liegt bei nicht einmal 7% und muss dadurch einen weit höheren Anteil der Wirtschaftsleistung für die Pensionen aufwenden.

Energiekosten

Österreichische Unternehmen leiden nach wie vor unter vergleichsweise hohen Energiekosten: Der Industriestrompreis hat sich hierzulande zwischen dem ersten Halbjahr 2021 und dem zweiten Halbjahr 2024 mehr als verdoppelt und ist damit deutlich stärker gestiegen als im Eurozonen-Schnitt. Zur Entlastung wurde nun mit der Strompreiskompensation (SAG) ein wirksames und treffsicheres Instrument für die energieintensivsten Betriebe geschaffen – allerdings nur für die Jahre 2025 und 2026, nachdem die Kompensation bereits 2022 einmalig gewährt wurde. 15 andere EU-Länder – darunter Deutschland und Frankreich – haben das SAG bereits seit längerer Zeit bis

zum Jahr 2030 fest verankert, wodurch die dortigen betroffenen Unternehmen mehr Planungssicherheit haben. Auch in Deutschland ist der Industriestrompreis in den letzten Jahren stark gestiegen, dort wird aber spürbar gegengesteuert. So will sich Deutschland auch auf EU-Ebene für eine Ausweitung des SAG-Anwendungsbereichs beispielsweise auf Rechenzentren starkmachen.

Die deutsche Bundesregierung plant zudem, für energieintensive Unternehmen im Rahmen der EU-beihilfenrechtlichen Möglichkeiten einen eigenen Industriestrompreis einzuführen. Auch hier kann ein Modell mit Vorbildwirkung für Österreich entstehen.

„Österreich steht in einem intensiven globalen Standortwettbewerb. Gute Absichten reichen nicht – ausschlaggebend sind Reformfähigkeit und Umsetzungskraft.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Lohnkosten

Insbesondere exportierende Unternehmen sind in Österreich durch die stark gestiegenen Lohnstückkosten unter Druck geraten. Lohnstückkosten zeigen, wie hoch die Arbeitskosten je produzierte Einheit sind, und sind damit ein entscheidender Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts. In den vergangenen Jahren sind sie in Österreich stärker gestiegen als an vergleichbaren EU-Standorten. Von 2019 bis 2025 prognostiziert die EU-Kommission eine prozentuale Steigerung der heimischen Lohnstückkosten von 32,3%, in der gesamten Eurozone sollen diese im selben Zeitraum nur um 22,5% zulegen. Hintergrund sind einerseits die hohen Lohnnebenkosten und andererseits die hohen Lohnabschlüsse der vergangenen Jahre.

Auch in Deutschland sind die Lohnstückkosten gestiegen, aber dank stärkerer Zurückhaltung bei den Lohnverhandlungen verhaltener als in Österreich. Gleichzeitig gibt es einige Länder in Europa, die eine deutlich niedrigere Abgabenbelastung auf den Faktor Arbeit haben – der „Abgabenkeil“ liegt in Österreich laut OECD bei 47%, während die Schweiz bei nur 22,9% liegt, die Niederlande bei 35,1% und Dänemark bei 36,1%.

Bürokratie und Verwaltung

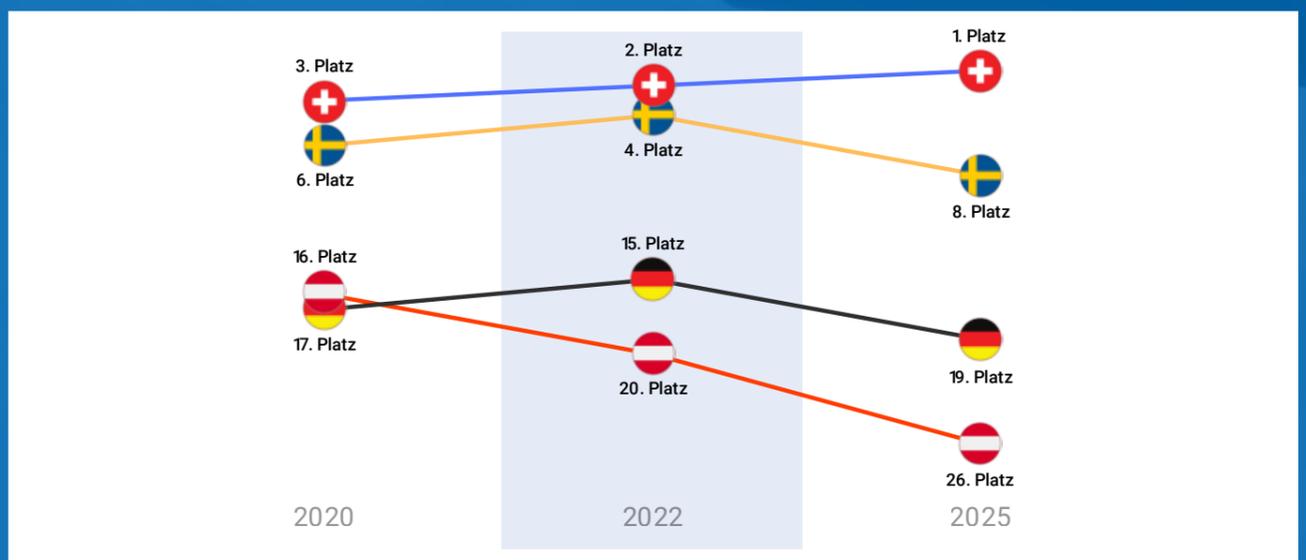
Der für 2023 erstmals erhobene Bürokratiekostenindex der Industriellenvereinigung macht die bürokratische Belastung von Unternehmen vergleichbar. Österreich landet dabei auf Platz elf. Spitzenreiter ist Finnland, gefolgt von weiteren skandinavischen und baltischen Ländern. Gleichzeitig zeigt eine Untersuchung der EU-Kommission, dass Dänemark mit umfassend digitalisierten und nutzerfreundlichen Verwaltungsdiensten zu den europäischen Vorreitern im Bereich E-Government gehört. Im „eGovernment Benchmark 2024“ landen die Dänen auf Platz fünf, während Österreich im EU-Vergleich zwar überdurchschnittlich ist, aber nur Platz zehn erreicht.

Neben der Digitalisierung kann sich Österreich auch bei der Vereinfachung der Verwaltung Vorbilder nehmen. Die Staatsausgabenquote liegt in Österreich bei 52,7% des BIP, während sie in Dänemark von einem höheren Niveau vor zehn Jahren auf 46,8% gesunken ist. Einerseits ist das durch Reformen bei den Sozialausgaben gelungen, andererseits liegt ein starker Hebel in der politisch-administrativen Struktur. Dänemark hat 2007 eine tiefgreifende Reform umgesetzt: Aus 271 Gemeinden wurden 98, aus 13 Kreisen fünf Regionen. Diese sind heute nicht steuerautonom, sondern effizient finanziert und klar zuständig. Das Ergebnis: vereinfachte Strukturen, weniger Reibungsverluste, geringere Kosten. In Österreich gibt es über 2.000 Gemeinden, 94 Bezirke, neun Länder, mit oft redundanten Kompetenzen, teuren Parallelstrukturen und unklarer Verantwortung. Laut Studien ließen sich allein durch bessere Kooperation oder Fusionen auf Gemeindeebene bis zu eine Milliarde Euro jährlich einsparen.



ÖSTERREICH VERLIERT AN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

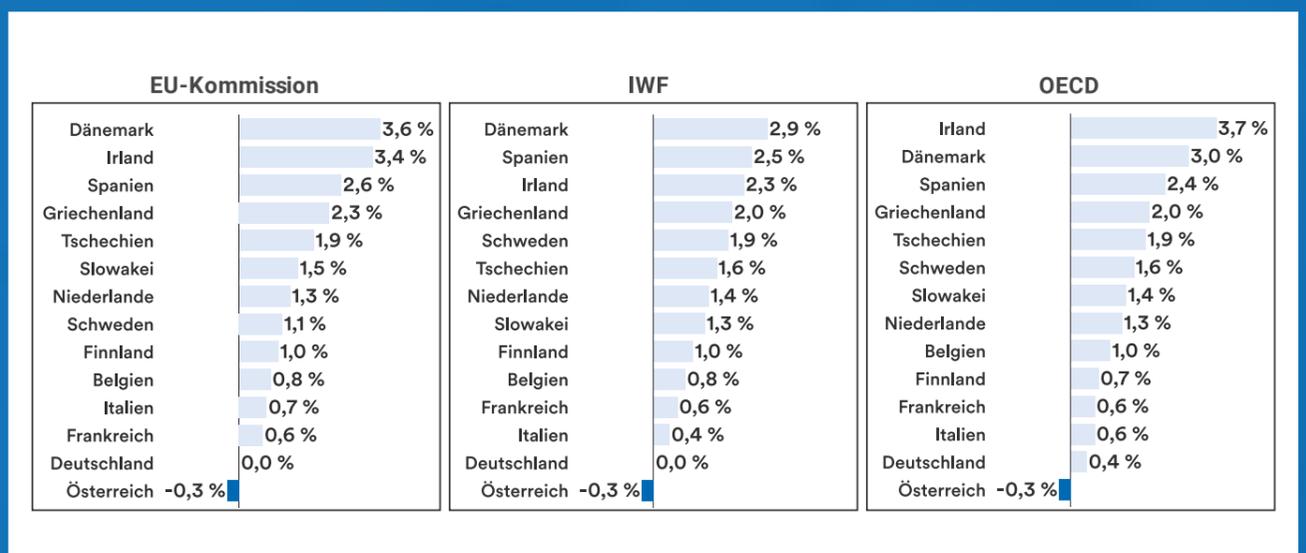
PLATZIERUNG IM IMD WORLD COMPETITIVENESS RANKING, AUSGEWÄHLTE LÄNDER



Quelle: IMD – International Institute for Management Development

WIRTSCHAFTS-PROGNOSEN 2025: ÖSTERREICH ÜBERALL SCHLUSSLICHT

ENTWICKLUNG DES REALEN BRUTTOINLANDSPRODUKTS AUSGEWÄHLTER LÄNDER IM JAHR 2025 (PROGNOSEN), IN PROZENT



Quelle: Europäische Kommission, IWF, OECD

Österreich erhöht ESA-Beitrag: Raumfahrt als Zukunftsbranche

Österreichische Unternehmen haben in der Weltraumwirtschaft schon jetzt eine starke internationale Position und sind in diesem Bereich auch Wegbereiter für andere Branchen.



V.l.n.r.: Josef Aschbacher, Karin Tausz, Sabine Herlitschka und Dieter Grebner.

Österreichs Beitrag zur europäischen Weltraumforschung soll für die kommenden drei Jahre von zuletzt 261 Millionen Euro (2023–2025) auf bis zu 320 Millionen Euro steigen. Die Weltraumforschung sei eine „Trägerrakete für den Standort Österreich“, sagte der zuständige Infrastrukturminister Peter Hanke. Die österreichische Industrie ist auf eine Stärkung dieses Bereichs gut vorbereitet: „Österreich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine starke internationale Position in spezifischen

Bereichen wie Satellitenkomponenten, Weltraumforschung und Quantenkommunikation erarbeitet“, erklärte IV-Vize-Präsidentin Sabine Herlitschka anlässlich eines Pressegesprächs von FFG, ESA, IV und Austrospace sowie eines CEO-Brunchs zu Österreichs Weltraumbranche in Wien.

Die Erhöhung des ESA-Beitrags bringt Unternehmen erste Klarheit für künftige Investitionsentscheidungen. „Österreichs ESA-Beitrag ist eine Investition, bei der das Geld vierfach zurückkommt – umso mehr freuen wir uns, dass Bundesminister

Hanke den ESA-Beitrag auf bis zu 320 Millionen Euro erhöht“, so Karin Tausz, FFG-Geschäftsführerin.

150 Unternehmen und Forschungseinrichtungen

Auch die Zahlen zeigen die Bedeutung der Weltraumwirtschaft für Österreich: Die gesamte Bruttowertschöpfung der 150 Unternehmen und Forschungseinrichtungen der österreichischen Weltraumwirtschaft betrug 2024 fast 200 Millionen Euro. Die Weltraumwirtschaft trägt in Österreich zu einem sozioökonomischen Nutzen von geschätzt über einer Milliarde Euro pro Jahr bei. „Dabei ist einem diese Technologie näher, als man vielleicht meint – man denke nur an die Satellitennavigation, die in jedem Smartphone verbaut ist, oder an Satellitenfernsehen und Wettervorhersagen“, so Herlitschka.

Die Weltraumwirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und von internationaler Vernetzung und Zusammenarbeit abhängig. Auch Josef Aschbacher, Generaldirektor der ESA, erklärte: „Ich freue mich sehr, wieder in Wien zu sein. Die Industrie ist eine treibende Kraft in Österreich und Europa; der Raumfahrtsektor wächst weltweit und Europa hat ein enormes Potenzial und ist sehr attraktiv. Österreich kann stolz sein.“

Weitere Investitionen nötig, um alle Potenziale zu heben

Dieter Grebner, Präsident von Austrospace und Geschäftsführer von Peak Technology, mahnt: „Angesichts der geopolitischen Lage und unserer Abhängigkeit von den USA muss Europa endlich skalieren. Österreichs Weltraumwirtschaft bietet enormes Potenzial – während die Gesamtwirtschaft inflationsbereinigt schrumpft, wächst der globale Weltraumsektor um zehn Prozent jährlich. Technologiepolitisch gibt es keinen besseren Ort für Investitionen“, so Grebner. „Österreich muss bei der ESA-Ministerratskonferenz 2025 konsequent das Zwei-Prozent-Ziel verfolgen – mit einer Zeichnung von 500 Millionen Euro. Nur so sichern wir Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land.“



Sabine Herlitschka ist Vizepräsidentin der Industriellenvereinigung.

Aktuelles in Kürze

IV ist Industrial Partner bei den Technology Talks Austria 2025

„Boosting Competitiveness. The Power of Research and Innovation“ lautet das Leitthema der diesjährigen Technology Talks Austria, die am 11. und 12. September back to back mit dem FFG-Forum am 10. September im Museumsquartier Wien stattfinden. Wesentliches Ziel ist es, Themen wie Produktivität und Digitalisierung, Technologieführerschaft, Ressourcen und Resilienz zu diskutieren und daraus Schlussfolgerungen für die europäische, nationale und regionale FTI-Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu ziehen.

Auch heuer organisiert die IV über den vffi einen hochkarätigen Workshop unter dem Titel „European Innovation Ecosystems – Key to Powerful & Strategic Value Chains“, bei dem hochrangige Gäste aus Wirtschaft, EU-Politik und Wissenschaft die wichtige Rolle kooperativer F&E-Netzwerke sowie notwendige EU-politische Maßnahmen zur Stärkung von F&E in Europa thematisieren.

Anmeldung:
tickets.technologytalks.ait.ac.at



Jede achte Schule in Österreich ist eine MINT-Schule!



Ausgezeichnete MINT-Kindergärten und -Schulen.

Mit der MINT-Gala strebte die neunte Ausschreibung des MINT-Gütesiegels ihrem Höhepunkt im Haus der Industrie in Wien entgegen. Im Rahmen der feierlich-dynamischen Verleihung erhielten 130 neue Bildungseinrichtungen die begehrte Auszeichnung und wurden damit zu zertifizierten „MINT-Kindergärten“ und „MINT-Schulen“. In Summe sind derzeit 794 Bildungseinrichtungen in ganz Österreich berechtigt, das MINT-Gütesiegel zu führen. Sie werden damit nicht nur zu leuchtenden Vorbildern für andere, sie unterwerfen sich auch einem stetigen Qualitätsentwicklungsprozess für begeisterndes Lernen und Lehren in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). „MINT

rückt immer stärker in den Fokus unserer Gesellschaft – wegducken bringt daher nichts, wenn es um Technik geht. Es geht darum, mutig zu sein und verantwortungsvoll mitzugestalten. Dann können wir auch mitentscheiden, wie die Welt von morgen aussehen wird“, so IV-Präsident Georg Knill, der gemeinsam mit Bundesminister Christoph Wiederkehr, Vizerektor Norbert Kraker (PH Wien) und Veronika Säckl (Wissensfabrik Österreich) die Ehrungen vornahm, denen viele prominente Gäste aus Bildung, Wissenschaft, Unternehmen und der Medienwelt beiwohnten.

Weitere Infos:
www.mintschule.at

Delegationsreise der Jungen Industrie zur EXPO nach Japan

Technologie trifft Tradition: Einblicke in eine faszinierende Industrielandschaft.



Im Rahmen einer Delegationsreise begab sich der erweiterte Bundesvorstand (Leaders Circle) der Jungen Industrie auf eine spannende und intensive Reise nach Japan. Von 12. bis 16. Mai hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, sowohl die japanische Kultur als auch die Industrie in Japan kennenzulernen. Neben Betriebsbesichtigungen und Netzwerktreffen im offiziellen Rahmen stand insbesondere der Besuch der diesjährigen Weltausstellung auf dem Programm.

Täglich strömen zu diesem Anlass um die 140.000 Besucher auf die Insel Yumeshima, die zehn Kilometer vom Zentrum Osakas entfernt eigens für die EXPO aufgeschüttet wurde. Umrundet von der größten Holzkonstruktion der Welt präsentieren rund 158 Nationen und Regionen kulturelle Highlights und visionäre Innovationen unter dem Motto „Designing Future Society for our Lives“. Besonders beeindruckend war der Besuch des Österreich-Pavillons, der die japanisch-österreichische Freundschaft in den Mittelpunkt stellte und durch neuartige Konzepte beeindruckte.

Nach individueller Anreise startete das offizielle Programm mit einer ersten gemeinsamen Sightseeing-Tour durch Tokio. Beim Mittagessen in einem traditionellen japanischen Lokal – stilecht barfuß – stand ein Kennenlernen mit der österreichischen Wirtschaftsdelegierten Christina Schösser auf dem Programm. In einem offenen Austausch

bekamen die Teilnehmer spannende Einblicke in die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Österreich sowie in die Herausforderungen und Chancen für europäische Unternehmen im asiatischen Raum.

Im Rahmen von zwei Betriebsbesichtigungen konnten sich die Teilnehmer dann selbst ein Bild von der japanischen Industrie machen: In Nagano ging es zu Resonac Graphite, einem der führenden Hersteller von Graphitelektroden, die eine Schlüsseltechnologie für Stahlrecycling-Prozesse und die Reduktion von CO₂-Emissionen darstellen. Vor Ort überzeugte besonders die innovative Verbindung von High-tech-Fertigung mit nachhaltiger Regionalentwicklung – ein Modell, das Impulse für Europa geben kann.

Zudem hatten die Mitreisenden die Gelegenheit, den Konzern Daihatsu Infinearth (vormals Daihatsu Diesel) von innen kennenzulernen. Am Standort in Himeji werden moderne Antriebssysteme für unter anderem die Großschifffahrt produziert und für den internationalen Export vorbereitet.

Die Reise endete mit vielen neuen Eindrücken, intensiven Gesprächen und wertvollen Kontakten – ein weiterer Beweis dafür, wie wichtig internationale Vernetzung, Wissensaustausch und persönliche Begegnungen für die Zukunft der Industrie sind. Ein herzliches Dankeschön an alle, die diese Reise möglich gemacht haben!



Zwischen Stillstand und Präzision

Was wir von Japan lernen können.

Japan – das Land der Hochtechnologie, der Roboter, der „Bullet Trains“: Das Image des innovationsfreudigen Landes sitzt tief. Doch der Eindruck, den man bei einer Delegationsreise vor Ort gewinnt, ist ein differenzierter: Ja, Technik ist allgegenwärtig, doch unter der glänzenden Oberfläche zeigt sich ein gewisser Stillstand. Man verlässt sich zu oft auf die Errungenschaften vergangener Jahrzehnte. Das Motto lautet: Solange es funktioniert, muss es nicht verändert werden.

Diese Haltung birgt eine Gefahr – für Japan ebenso wie für uns in Europa: Stillstand ist kein neutraler Zustand, er ist der erste Schritt zurück. Innovation braucht nicht nur technologische Grundlagen, sondern auch den Mut, eingetretene Pfade zu verlassen; den Mut, Bestehendes zu hinterfragen, auch wenn es noch funktioniert. In Österreich müssen wir genau diesen Mut wiederfinden. Innovation ist kein Risiko, sondern unsere Chance auf Fortschritt, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Wohlstand.

Trotzdem lässt sich von Japan vieles lernen – vor allem im gesellschaftlichen Miteinander: Rücksichtnahme, Disziplin, Höflichkeit (im zwischenmenschlichen Umgang ebenso wie im öffentlichen Raum) sind tief in der Kultur verankert. Das beginnt bei der Selbstverständlichkeit, im Zug nicht zu telefonieren, und endet bei der Sauberkeit öffentlicher Räume.

Auch industriell gibt es Bereiche, in denen Japan Maßstäbe setzt – Lean Management wird in vielen Unternehmen konsequent gelebt; in der Logistik, vor allem im öffentlichen Verkehr, zeigt sich eindrucksvoll, wie Effizienz, Zuverlässigkeit und Nutzerfreundlichkeit miteinander funktionieren können.

Davon ist Europa noch weit entfernt. Wir brauchen hier keine Weltverbesserer, sondern Bahn- und Infrastrukturverbesserer. Wir brauchen Investitionen in das, was den Alltag der Menschen tatsächlich verändert: schnellere Verbindungen, verlässliche Takte, durchdachte Knotenpunkte. Das ist keine große Vision, aber vielleicht genau die Art Pragmatismus, die wir uns abschauen sollten. Und dazu vielleicht auch ein kleines bisschen mehr Achtsamkeit im Miteinander.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Weg zur klimaneutralen Zukunft machen

Beim von der IV-NÖ organisierten Event „Clean Industrial Deal: Vom Kostenfaktor zum Wachstumsmotor“ am 5. Juni ging es um industriepolitische Rahmenbedingungen für einen wirtschaftlich tragfähigen Klimaschutz.

Der notwendige Umbau der Industrie in Richtung Klimaneutralität steht außer Frage. Die zentrale Herausforderung dabei ist: Wie kann er zur Chance werden und welche Hebel braucht es dafür? Impulse dazu gab es von IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner, Staatssekretärin Elisabeth Zehetner, Prof. Wilfried Sihm (Fraunhofer Institut Austria), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius), Herbert Greisberger (eNu) und Christoph Jünger (Unicef).

IV-NÖ-Präsident Ochsner betonte in seiner Eröffnung die zentrale Rolle der Industrie beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft. „Nachhaltigkeit darf kein Schlagwort bleiben, sondern muss zum echten Business Case werden. Der Wandel ist alternativlos – aber er muss gelingen, ohne unseren Standort zu gefährden“, so

Ochsner. Der Standort bringe mit seiner technologischen Leistungsfähigkeit, industriellen Vielfalt und gut ausgebildeten Fachkräften beste Voraussetzungen mit – aber es brauche klare industriepolitische Signale und strukturelle Reformen, etwa bei Energiepreisen und Genehmigungsverfahren.

Green Tech als Wachstumsfeld

Österreichs Green-Tech-Branche mit rund 2.700 Unternehmen, 100.000 Arbeitsplätzen und einer Exportquote von 72 Prozent ist wirtschaftlich bereits ein relevanter Faktor und zählt zur globalen Innovationsspitze. Der Hebel liege nun darin, diese Stärken konsequent weiterzuentwickeln; etwa durch Investitionsanreize, steuerliche Entlastungen und schnellere Verfahren. Staatssekretärin Elisabeth Zehetner, zuständig für Energie, Tourismus und Start-ups, unterstrich: „Energiepolitik

ist heute mehr denn je Standortpolitik. Sie entscheidet darüber, ob unsere Industrie im internationalen Wettbewerb bestehen kann – oder ob wir riskieren, den Anschluss zu verlieren. Denn ohne leistbare, verlässliche und saubere Energie gibt es keine Zukunft für Produktionsstandorte in Europa.“

Impuls aus der Forschung

Wilfried Sihm vom Fraunhofer Institut Austria präsentierte in seiner Keynote wirtschaftlich tragfähige Wege zur nachhaltigen Transformation von Wertschöpfungssystemen. Entscheidend seien strategischer Zugang, Ressourceneffizienz und unternehmerischer Mut. Er unterstrich dabei: „An einem nachhaltigen Wirtschaftssystem führt heute kein Weg mehr vorbei, auch wenn die EU die Zügel gerade wieder etwas lockert. Die Frage ist also nicht mehr

ob, sondern eigentlich nur noch, wie jedes einzelne Unternehmen für sich den Weg findet, sein bisheriges Geschäftsmodell in ein zukünftig nachhaltiges Geschäftsmodell zu verändern; und das in einer ökonomischen und sozialen Art und Weise.“

Dazu gebe es sehr viele auch ökonomisch interessante Wege. „Aber man muss bereit sein, bisherige – durchaus auch erfolgreiche – Pfade zu verlassen und neue – anfangs manchmal auch holprige – Wege zu beschreiten. Aber wenn wir heute nicht damit anfangen, werden wir nächste Woche nicht fertig sein“, forderte Sihm auf.

Industrie fordert Entlastung und klare Leitplanken

In der abschließenden, von Presse-Journalistin Hanna Kordik moderierten Podiumsdiskussion tauschten sich IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner, Staatssekretärin Elisabeth Zehetner, Fronius-CEO Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, Unicef-Geschäftsführer Christoph Jünger und eNu-Chef Herbert Greisberger über Zielkonflikte, Reglementierung und gesellschaftliche Verantwortung aus.

Der Tenor der Veranstaltung: Österreich und speziell Niederösterreich verfügen über eine starke industrielle Basis und technologische Innovationskraft, um Vorreiter in der Verbindung von Klimazielen und wirtschaftlichem Erfolg zu sein. Dafür sind jedoch mutige politische Entscheidungen, verlässliche Rahmenbedingungen und eine Industriepolitik mit klarer strategischer Zielsetzung notwendig.



V.l.n.r.: Christoph Jünger (Geschäftsführer Unicef Österreich), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (CEO Fronius GmbH), Staatssekretärin Elisabeth Zehetner (Energie, Tourismus, Start-ups), Herbert Greisberger (Geschäftsführer eNu – Energie- und Umweltagentur Niederösterreich), IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner, Hanna Kordik („Die Presse“).



WEBTIPP

Mehr Eindrücke im Video: Scannen Sie den QR-Code! Einen filmischen Rückblick auf das Event mit O-Tönen finden Sie hier:

KI BRAUCHT KLARE REGELN UND MUTIGE RÄUME

Zweite Session der Fokusgruppe „KI – Künstliche Intelligenz“ der IV-NÖ am 4. Juni 2025 im Haus der Digitalisierung: Zwischen Energieeffizienz, Reallaboren und ethischen Fragen.

Unter dem Vorsitz von Gregor Glatz, Leitung Siemens Niederösterreich, widmete sich die Fokusgruppe „KI“ dieses Mal konkreten Anwendungen und Rahmenbedingungen für künstliche Intelligenz in der Industrie. Im Mittelpunkt standen Beiträge zur angewandten Forschung, zu rechtlichen Spielräumen und zur gesellschaftlichen Verantwortung.

Impulse dazu kamen von Gerhard Kormann-Hainzl (IMC Krems) und Marlies Temper (FH St. Pölten), die Einblicke in laufende Forschungsprojekte gaben; vom Energiemonitoring bis zur Entwicklung DSGVO-konformer KI-Infrastruktur. Besprochen wurden u. a. Reallabore, der hohe Energieverbrauch von KI-Mo-

dellen sowie die Bedeutung von Bildung und Aufklärung. „Neben Datenschutz und Ethik ist jetzt der Fokus auf Weiterbildung und praktischer Erfahrung entscheidend. Unternehmen müssen KI aktiv nutzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Digital Workforce wird fixer Bestandteil jeder Belegschaft – und ein Schlüsselfaktor im internationalen Wettbewerb. Es braucht Mut zur Veränderung und einen klaren Fokus auf Umsetzung, nicht nur Strategie“, betonte Fokusgruppe-Vorsitzender Glatz. Besonders gefragt seien strukturierte Daten, praxisnahe Tools und Fördermöglichkeiten. Ziel der IV-NÖ-Fokusgruppe ist es, KI für Industrie und Gesellschaft in Niederösterreich verantwortungsvoll nutzbar zu machen.



Intensiver Austausch in der Fokusgruppe „KI“: Vertreter aus Industrie, Forschung und Verwaltung diskutierten unter der Leitung von Gregor Glatz (Siemens Niederösterreich, Mi.) über Anwendungen, Chancen und Rahmenbedingungen für künstliche Intelligenz.



„UNTERNEHMEN ÖSTERREICH“: HÖCHSTE ZEIT FÜR DEN TURNAROUND

Österreich war einmal einer der Top-Industriestandorte weltweit. Heute sind wir meilenweit davon entfernt. Aber genau dorthin müssen wir zurück – weil es keine Alternative gibt, wenn wir den Wohlstand für unsere Kinder und Enkelkinder erhalten wollen. Deswegen gilt es jetzt, als Gesellschaft gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln.

Derzeit sind wir in vielen internationalen Statistiken vorne oder hinten, aber jeweils dort, wo wir nicht sein sollten. Doch jammern bringt nichts: Kein anderes Land wird uns den Karren aus dem Dreck ziehen, das müssen wir schon selbst tun. Statt uns weiter mit unproduktiven Diskussionen zu beschäftigen, ist es jetzt höchste Zeit, unsere Kräfte zu bündeln und anzupacken – denn jeder weiß, wo es klemmt.

Die Themen liegen auf dem Tisch

Die Energie- und Netzkosten müssen für Betriebe wie Haushalte leistbar sein. Der Netzausbau ist ein Generationenprojekt, das langfristiges Denken verlangt. Es darf nicht passieren, dass jene Bundesländer, die bei der Energiewende vorangehen, dafür bestraft werden. Dass die Strompreiskompensation für 2025 und 2026 wieder eingeführt wird, ist ein wichtiger Schritt; noch besser wäre jedoch Planungssicherheit bis 2030 – denn alles andere bedeutet Wettbewerbsnachteile gegenüber Staaten wie Deutschland, die genau das tun.

Auch bei den Lohnrunden in den nächsten zwei, drei Jahren braucht es dringend Augenmaß. Wer glaubt, man könne derzeit weiter

wie in Hochkonjunkturzeiten verhandeln, blendet die Fakten aus. Die Sozialpartner kennen die Auftragslagen, die Kosten; selbst der entschlossenste Arbeitnehmervertreter kann jetzt nicht mehr sagen: Die Unternehmen sollen uns geben, was uns zusteht. Denn jeder sieht, dass es sich wirtschaftlich einfach nicht mehr ausgeht.

Bei der Bürokratie brauchen wir nicht mehr, sondern weniger. Sinnlose Gesetze gehören massiv gestrichen und die Sunset-Clause muss endlich eingeführt werden. Und wir brauchen den Mut, bei Vorgaben aus Brüssel auch einmal zu sagen: Da machen wir nicht mit. Schluss mit dem Gold-Plating! Es ist ein Standortnachteil, wenn wir alles doppelt und dreifach regulieren.

Auch das „Unternehmen Österreich“ muss saniert werden

Jeder Betrieb, der wirtschaftlich nicht mehr mithalten kann, muss restrukturieren. Wenn man zu viel ausgibt und es sich nicht mehr leisten kann, muss man verschlanken. Dasselbe gilt auch für das „Unternehmen Österreich“.

Wir sind ein Land mit neun Millionen Einwohnern und leisten uns für die neun Bundesländer neun Verwaltungssysteme, neun Landesgesundheitsversorgungssysteme, neun Bildungsdirektionen, neunmal denselben Apparat. Umso begrüßenswerter ist

es, dass Bund, Länder und Gemeinden im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz eine Reformpartnerschaft geschlossen haben, die genau hier ansetzt: beim Abbau von Doppelgleisigkeiten, der Nutzung gemeinsamer Strukturen und effizienteren Abläufen. Dieses Vorhaben muss nun konsequent umgesetzt werden.

Neben effizienteren Strukturen braucht es aber auch mehr Gerechtigkeit für jene, die das System tragen. Deutlich stärkere Leistungsanreize müssen sicherstellen, dass Berufstätige nicht schlechter aussteigen als jene, die nicht arbeiten. Wer länger arbeitet, soll künftig spürbar mehr davon haben. Ein schrittweiser, gut vorbereiteter Übergang für spätere Pensionsantritte (etwa indem man ab einem bestimmten Zeitpunkt jährlich um drei Monate später in den Ruhestand geht) kann dabei helfen, unser System zukunftsfit zu machen. Natürlich braucht es dabei Ausnahmen: für Menschen mit körperlich belastenden Tätigkeiten wie Schwerarbeit oder langjährigem Schichtdienst ebenso wie für Frauen, die viele Jahre Care-Arbeit geleistet haben. Ein solcher schleichender Übergang ist für die Menschen zumutbar und würde die Regierungsparteien keine Wählerstimme kosten.

Zukunftsfit muss auch unser Gesundheitssystem werden – und dafür braucht es wieder mehr Hausverstand. Es kann

nicht sein, dass Menschen um drei Uhr in der Früh für eine Kopfschmerztablette in die Ambulanz gehen. Wer wirklich krank oder schwer verletzt ist, soll klarerweise Hilfe bekommen – aber wer das System unnötig belastet, soll sozial gestaffelt einen Beitrag leisten, zum Beispiel 25 Euro Ambulanzgebühr.

Schulterschluss über alle Bereiche hinweg

Erfolg entsteht nur, wenn wir selbst überzeugt sind und als Industrie vorangehen. Dann ziehen wir auch den Rest der Wirtschaft und Gesellschaft mit. Jetzt heißt es daher: Anpacken und Verantwortung übernehmen! Wir brauchen einen echten Schulterschluss in unserem Land, über alle Bereiche hinweg. Die sozial Schwachen müssen unterstützt werden – und die, die nicht wollen, müssen nun mitmachen. Alles andere ist nicht mehr tragfähig. Österreich hat als Wirtschafts- und Industriestandort nach wie vor enormes Potenzial, das es wieder zu heben gilt – denn zu einem erfolgreichen Wirtschaftssystem Österreich gibt es keine Alternative.

Kari Ochsner,
Präsident der IV-Niederösterreich

Industrie im Fokus: Erster IV-Wirtschaftssalon beim Europaforum Wachau

Erstmals fand beim Europaforum Wachau ein IV-Wirtschaftssalon statt. Unter dem Titel „Facing Global Change – Embracing Opportunities“ rückte die IV-NÖ zentrale Zukunftsthemen in den Mittelpunkt: Wiederaufbau der Ukraine, Energiesicherheit und Infrastruktur.

Mit dem eigenen Format schuf die IV-NÖ heuer eine neue Bühne für industriepolitische Schlüsselfragen. „Die Industrie stellt sowohl in Niederösterreich als auch in ganz Österreich einen wesentlichen Teil des BIP und damit des Wohlstands sicher. Es kann daher nie genug Aufmerksamkeit für den wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes geben“, sagte IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither. Aufgrund der dreitägigen Staatstrauer nach dem Amoklauf in Graz wurde die Veranstaltung als reine Fachveranstaltung abgehalten. Es nahmen u.a. ÖBB-Vorstand Andreas Matthä, RBI-Manager Harald Kröger, Flughafen-Wien-Geschäftsführer Christoph Schmidt und hochrangige Vertreter aus der Ukraine teil. In drei thematischen Blö-

cken – Ukraine, Energie und Infrastruktur – wurden Perspektiven und konkrete Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet.

Drei Konjunkturchancen für die Industrie

IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner sprach in seinem Statement von „drei großen Konjunkturchancen für Europa“: „Erstens plant Deutschland, unser wichtigster Exportpartner, 500 Milliarden Euro in die Modernisierung seiner Infrastruktur zu investieren. Zweitens stärkt die EU ihre Verteidigung mit 800 Milliarden Euro – was nicht nur militärische, sondern auch infrastrukturelle Projekte wie den Ausbau von Kasernen umfasst und große Chancen für heimische Betriebe bietet, ohne dass ein Konflikt mit der Neutralität entsteht. Drittens ist der Wieder-

aufbau der Ukraine nach dem Krieg mit bis zu 700 Milliarden Euro ein gigantisches Vorhaben; das größte Wiederaufbauprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg.“ Beim Wiederaufbau werde alles gefragt sein – von Energie- und Gebäudetechnologien über

Infrastruktur bis hin zur Expertise in den Erneuerbaren: „Hier kann die Industrie in Niederösterreich und in ganz Österreich mit ihrem Know-how, ihrer Innovationskraft und ihrer internationalen Erfahrung einen wichtigen Beitrag leisten“, so Ochsner.



V.l.n.r.: IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner, Hanna Zamazeeva (Staatliche Energieagentur Ukraine), ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz, Verbund-Vorstand Achim Kaspar, Franz Renz (Leibniz Universität Hannover).

„Clean Industrial Deal: Vom Kostenfaktor zum Wachstumsmotor“

Neben Impulsen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft stand auch der persönliche Austausch im Mittelpunkt der Veranstaltung am 5. Juni im Austrian World Summit Solutions Hub in Asparn an der Zaya.



01



02



03



04



05



06



07



08



09



10



11



12

1. IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither (2. v. l.) mit den IV-NÖ-Vizepräsidenten Johann Eggerth (GF Vetropack Austria, l.), Barbara Ascher (GF Feller Beteiligungs GmbH, 2. v. r.) und Andreas Welser (GF Welser Profile, r.).
2. V.l.n.r.: Günther Ofner (Vorstandsdirektor Flughafen Wien AG), Monika Langthaler, IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner.
3. „Presse“-Redakteurin Hanna Kordik moderierte die Podiumsdiskussion im Rahmen der Veranstaltung.
4. IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner während der Eröffnung des Events im voll besetzten Auditorium. Er forderte, dass Nachhaltigkeit zum echten Business

5. „Hausherrin“ Monika Langthaler freute sich, den Austrian World Summit Solutions Hub als Schauplatz für die industriepolitische Diskussion rund um nachhaltige Transformation zur Verfügung zu stellen.
6. Staatssekretärin Elisabeth Zehetner betonte, dass Energiepolitik heute mehr denn je über die Zukunft des Produktionsstandorts Europa entscheidet.
7. Prof. Wilfried Sihn vom Fraunhofer Institut Austria plädierte in seiner Keynote für unternehmerischen Mut und strategische Weichenstellungen.

8. Das Interesse an der industriepolitischen Diskussion zur nachhaltigen Transformation war groß.
9. Herbert Greisberger (GF eNu – Energie- und Umweltagentur Niederösterreich) und Elisabeth Engelbrechtmüller-Strauß (CEO Fronius GmbH) während der Podiumsdiskussion.
10. Zum Abschluss des Fachprogramms diskutierten Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft über Wege zu einer zukunftsfähigen Industriepolitik.
11. V.l.n.r.: Christoph Jünger (GF Unicef Österreich), IV-NÖ-Geschäftsführerin Michaela Roither und IV-NÖ-Präsident Kari Ochsner.

12. Andrea Edelmann (Head of Innovation, Sustainability & Environmental Affairs bei EVN, l.) und Josef Scheidl (GF Brantner Environment Group GmbH, 3. v. r.) nutzten das Get-together zum Netzwerken.